

»Treffen der Fluchtverursacher«

90 Organisationen planen Protest gegen Münchner »Sicherheitskonferenz«

Claudia Wangerin

Am zweiten Februarwochenende steht Bayerns Landeshauptstadt erneut im Zeichen der Münchner »Sicherheitskonferenz« und der Proteste dagegen. Das früher als »Wehrkundetagung« bezeichnete Treffen findet dieses Jahr zum 52. Mal statt. Unter den »450 hochrangigen Entscheidungsträgern aus aller Welt«, die nach Selbstdarstellung der Organisatoren im Luxushotel Bayerischer Hof zusammenkommen, dominieren solche aus NATO-Staaten. Als Redner ist aber in diesem Jahr auch der russische Außenminister Sergej Lawrow angekündigt. Tagungsleiter Wolfgang Ischinger, der offiziell als Privatmann zu dem Treffen einlädt und von 2001 bis 2006 deutscher Botschafter in den USA war, wird vom »Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz« als »Scharfmacher« kritisiert. Im September 2015 habe Ischinger erklärt, »dass unsere Strategie in der Syrien-Krise nur dann glaubwürdig ist, wenn sie mit glaubwürdigen militärischen Handlungsoptionen unterlegt ist«, betonten Vertreter des Protestbündnisses am Dienstag vor Journalisten in München. Der sogenannte »Krieg gegen den Terror« habe in den letzten 15 Jahren viele Menschenleben gekostet, den Terror verstärkt und den »Islamischen Staat« erst hervorgebracht.

»Auf der sogenannten Sicherheitskonferenz im Bayerischen Hof versammeln sich die Repräsentanten der Regierungen der NATO- und EU-Staaten, inklusive Vertreter internationaler Konzerne und Rüstungsfirmen, die die Hauptverantwortung für das Flüchtlingselend, für Krieg, Armut und ökologische Katastrophen tragen«, sagte Claus Schreer, der seit Jahren zu den Organisatoren der Gegendemonstration gehört. Bisher rufen in diesem Jahr 90 Organisationen und zahlreiche Einzelpersonen dazu auf. Darunter sowohl Mitglieder der Partei Die Linke und Kommunisten aus DKP und SDAJ als auch christliche Friedensorganisationen. Auf der Hauptdemonstration am 13.

Februar soll als internationaler Gast eine Oppositionspolitikerin aus der Türkei sprechen: Bedia Özgökce Ertan gehört der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und dem türkischen Parlament an. Die islamisch konservative AKP-Regierung in Ankara bezeichnen die Gegner der »Sicherheitskonferenz« als diktatorisches Regime – ebenso wie Saudi-Arabien. Westlichen Politikern werfen sie vor, diese Staaten zu unterstützen und damit »die wichtigsten Fluchtverursacher« zu sein. Als Konsequenz fordern sie die Auflösung der NATO und ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge.

<http://www.jungewelt.de/2016/01-27/073.php>